

Absender

EINSCHREIBEN  
Bezirksgericht xxx  
Herrn Vizegerichtspräsident  
lic. iur. xxx  
Adresse  
PLZ Ort

Ort, Datum

**Prozess:** xxx  
**In Sachen:** xxx  
**Betreffend:** xxx

**Aberkennung der Rechtswirksamkeit Ihrer sogenannten «*Verfügung*» (anpassen) vom xxx**

**Aufforderung zum Nachweis der Legitimation für hoheitliche Handlungsbefugnisse des «*Bezirksgerichts xxx*» und seiner Funktionäre**

**Ankündigung von Pönalen**

Sehr geehrter Herr xxx

Wie ich zwischenzeitlich zur Kenntnis nehmen musste, erfolgte eine heimliche und illegale Umwandlung des *Bezirksgerichts xxx* in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft, resp. Tochtergesellschaft des (ebenfalls verdeckt und illegal in eine Firma umgewandelten) *Kantons xxx* sowie der (holdingmässig strukturierten) Muttergesellschaft namens «*Schweizerische Eidgenossenschaft*» mit Sitz im Ausland. Ich mache geltend, dass deshalb jede «*Verfügung*» von Funktionären dieser – nur noch vorgeblich hoheitlich legitimierten und lediglich pseudostaatlichen – Institutionen ungültig ist.

**Beilagen:**

- 1 «*Verfügung*»/«*Entscheid*» (anpassen: von wem, Betreff, genaue Datumsangabe)
- 2 Beweis der illegalen Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in eine gleichnamige Holding/Kapitalgesellschaft «*Schweizerische Eidgenossenschaft*»
- 3 Beweis der illegalen Umwandlung des Kantons xxx in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft «*Kanton xxx*»

Dies trifft auch zu auf die mir von Ihnen am xxx zugestellte, rubrizierte, sogenannte «*Verfügung*» (anpassen), deren Rechtswirksamkeit ich aus folgenden Gründen aberkenne:

1. Indem die staatlichen Organe und Instanzen der Schweiz unter Verletzung der Vorgaben für rechtskonforme Firmengründungen heimlich umgewandelt wurden, erfolgte **keine Übertragung der hoheitlichen Befugnisse an diese Firmen**. Mit der illegalen, verdeckten Umwandlung **erloschen diese hoheitlichen Befugnisse gänzlich**.
2. Das heisst, die von Ihnen beanspruchte Befugnis, als *«Vizegerichtspräsident»* hoheitliche Entscheide fällen zu können, wurde mir amtsanmassend nur vorgetäuscht. Dasselbe gilt für die vorgebliche hoheitliche Befugnis des *«Gerichtsschreibers»*, lic.iur. xxx, der die rubrizierte *«Prozessleitende Verfügung»* mitunterzeichnete.
3. Mit Ihrer prozessualen Verfügung (Nr.) xxx vom (Datum) xxx wurde mein verfassungsmässig garantierter Anspruch auf die Einhaltung der Grundrechte durch ALLE Handlungen ALLER staatlichen Organe und Instanzen elementar verletzt. Gemäss Art.5 der Bundesverfassung ist Grundlage und Schranke staatlichen Handelns das Recht, und gemäss Art. 9 habe ich Anspruch auf Schutz vor Willkür staatlicher Organe und auf die Wahrung von Treu und Glauben.

Insbesondere verlangt das Schweizer Recht, dass 3 Bedingungen bei der Gründung von Kapitalgesellschaften erfüllt sein müssen, die jedoch bei den illegalen Umwandlungen der staatlichen Instanzen und Organe in eine Holdingstruktur (inkl. *«Bezirksgericht xxx»*) elementar verletzt wurden:

- a. Entscheid des hierzu befugten Organs (hier: des Volkes): erfolgte nicht!
  - b. Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtblatt: erfolgte nicht!
  - c. Veröffentlichung der Handlungsbevollmächtigten mit Datum des Eintritts/Austritts und Angabe der Handlungsbefugnisse: erfolgte nicht!
4. Gemäss Art. 287 StGB wird mit Busse oder Gefängnis bestraft, wer sich in rechtswidriger Absicht die Ausübung eines Amtes oder militärischer Befehlsgewalt anmassst. Die bereits erfolgten, tausendfachen, verdeckten Umwandlungen von staatlichen Institutionen und Organen stellen schwerste Angriffe auf die verfassungsmässige Ordnung dar (Verletzung von Art. 275 StGB). Sie waren und sind *«darauf gerichtet, die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft oder der Kantone rechtswidrig zu stören oder zu ändern»*. Entsprechend ist die illegale, verdeckte Umwandlung der staatlichen Organe und Institutionen in (notabene unvollständig gegründete) Kapitalgesellschaften nichts weniger als ein Staatsstreich 'von oben', der offensichtlich sukzessive zur Ausschaltung des gesamten Rechtsstaates führen sollte.
  5. Die damit verbundenen, kriminellen Akte werden nun jedoch noch vor der geplanten finalen Ausschaltung des Nationalstaates gestoppt. Das perfekte Verbrechen gelingt nicht. Die Beweise der geschilderten illegalen Handlungen sind erbracht, die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen und die transparente Rückabwicklung ist unausweichlich.

In Anbetracht der Tatsache, dass auch Staatsanwaltschaften, Gerichte, Betreibungsämter, Polizei etc. infolge der verheimlichten Umwandlungen in Kapitalgesellschaften nur noch illegal tätige Firmenkonstrukte sind, hoheitliche Befugnisse aber noch weiterhin vortäuschen, wird die Ahndung dieser Verbrechen erst nach der Rückabwicklung der illegalen Umwandlungen stattfinden. Diese steht jedoch in nächster Zeit bevor.

6. Alle Funktionäre dieser illegal tätigen Firmen (welche in betrügerischer Absicht gleichlautende

Namen wie die vormaligen staatlichen Instanzen und Organe tragen, die einst mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Bestandteile des Rechtsstaats-Systems waren) sind privat haftbar für die begangenen Amtsanmassungen, die gravierende Verletzung von Verfassung und Gesetzen und ihre Mittäterschaft bei der ultimativ beabsichtigten Zerstörung des Rechtsstaates.

7. Sollten Sie wider Erwarten der Meinung sein, die Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des **Kantons xxx** sowie des **Bezirksgerichts xxx** in Kapitalgesellschaften gleichen Namens sei rechtmässig erfolgt und die Befugnis zu hoheitlichem Handeln ihrer Firmenfunktionäre sei nicht erloschen, so fordere ich von Ihnen innert 20-Tagesfrist seit Zustellung dieses Schreibens umfassende und beglaubigte schriftliche Auskunft zu folgenden Fragen:
  - a. Sitz und Rechtsform der Firma **«Bezirksgericht xxx»** sowie vollständige Adressen aller Angestellten;
  - b. Datum des ersten Handelsregistereintrages des **«Bezirksgericht xxx»**, Handelsregisternummer, UID, Datum der Eintragung der heutigen Rechtsform mit Angabe von Datum und Nummer der Ausgabe des SHAB, in welchem die Publikation ordnungsgemäss erfolgte;
  - c. Angabe des Eintragungsdatums und Nummer der Ausgabe des SHAB, in welcher die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten publiziert wurden;
  - d. Direkt angegliederte (übergeordnete und untergeordnete) Organisationseinheiten;
  - e. Eigentümer der Firma **«Bezirksgericht xxx»**, der Firma **«Kantonsgericht xxx»**, der Firma **«Kanton xxx»** und der Firma **«Schweizerische Eidgenossenschaft»**;
  - f. Nachweis der hoheitlichen Legitimation der Funktionäre der Firma **«Bezirksgericht xxx»**, mit Angaben darüber, von wem, wie, wofür und wann ihr die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen wurden, lautend auf welchen Staat, mit welcher Eidesformel, sowie wann und von wem die Vereidigung durchgeführt wurde;
  - g. Analoger Nachweis für den-/diejenigen, welche(r) den Funktionären der Firma **«Bezirksgericht xxx»** in seiner heutigen Zusammensetzung die Legitimation zu hoheitlichen Handlungen erteilt hat/haben, insbesondere, von wem, wie, wofür und wann diesen Überträgern **«hoheitlicher Rechte»** (direkt höhere und folgend höhere Rechtsträger) die entsprechenden Befugnisse übertragen wurden, lautend auf welchen Staat und mit welcher Eidesformel, sowie wann und von wem die Vereidigung dieser Rechtsträger als Überträger hoheitlicher Rechte und Pflichten durchgeführt wurde.
  - h. Mit handschriftlicher Angabe des Datums und ihrer Funktion sowie mit ihrer Original-Unterschrift (Vor- und Nachname) ist von sämtlichen aktuellen Funktionären zu bestätigen, dass die Angaben vollständig sind und vollumfänglich der Wahrheit entsprechen.
8. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht in der Lage sein werden, die Rechtmässigkeit der (effektiv illegalen) und verdeckten Umwandlungen gemäss Ziff. 7 zu beweisen. Entsprechend fordere ich Sie auf, mir innert **20 Tagen nach Eingang dieses Schreibens** eingeschrieben zu bestätigen, dass Sie Ihre in rubrizierter Sache bisher erfolgten Anordnungen und Verfügungen als nichtig erklären, resp. dass diese als gegenstandslos zu betrachten sind und die Firma/Organisationseinheit **«Bezirksgericht xxx»** inskünftig jegliche Tätigkeit im Zusammenhang mit der (**Sache xxx**) wegen fehlender hoheitlicher Handlungslegitimation unterlassen wird.

Weiter ist mir mit diesem Schreiben zu bestätigen, dass die Fristen des genannten Verfahrens so lange angehalten werden, bis ein in jeder Hinsicht hoheitlich legitimiertes, ordentliches **Bezirksgericht xxx** das Verfahren weiterführt.

9. Zusammenfassend mache ich geltend, dass der Staat über keine legitimierte Verwaltungs- und Justizorgane mehr verfügt, weil die verfassungsmässige Ordnung strafrechtsrelevant (Art. 275 StGB) zerstört wurde.

Ich rüge die elementare Verletzung des Legalitätsprinzips (Art. 5 BV) sowie des Schutzes vor Willkür und der Garantie von Treu und Glauben (Art. 9 BV) durch die geschilderten illegalen Umwandlungen der staatlichen Institutionen – und insbesondere des **Bezirksgerichtes xxx** in eine illegal tätige Firma, die amtsanmassend und betrügerisch eine hoheitliche Befugnis nur noch vortäuscht.

Entsprechend kann das mich betreffende Urteil so lange nicht erfolgen, bis hierzu hoheitlich legitimierte Justizbehörden/Gerichtsinstanzen unter strikter Einhaltung aller geltenden Rechtsgrundlagen darüber entschieden haben.

Bis zu diesem Zeitpunkt erleide ich Schaden aus der Verzögerung, resp. aus amtsanmassend getroffenen Anordnungen und Urteilen. Dies trotz meines wohlverwahrten Anspruchs auf ein rechtskonformes Verfahren. Die Verzögerung eines hoheitlich legitimierten, regulären Gerichtsurteils schädigt mich finanziell und es erwächst mir daraus zudem erheblicher Zeit- und Arbeitsaufwand und eine hohe psychische Belastung.

Als Angestellter der illegal gegründeten Firma **«Bezirksgericht xxx»**, welche über keinerlei hoheitliche Entscheidbefugnisse verfügt, da solche offensichtlich nie recht-mässig übertragen wurden, sind Sie privat haftbar für all Ihr Tun und Lassen namens dieser Firma, insbesondere auch bezüglich der Unterzeichnung von vorgeblichen **«Verfügungen»**, **«Verfahrensanordnungen»** etc. sowie bezüglich einer allfälligen Verweigerung der unter Ziff.8 geforderten Bestätigungen und aller durch die geschilderten Umwandlungen verursachten Schädigungen, die sich aus Verfahrensverzögerungen ergeben.

Seit der illegalen Umwandlung gilt gegenüber allen Bewohnern der Schweiz und damit auch mir gegenüber effektiv nur noch das Handelsrecht. Das heisst, es stehen seither alle auf derselben Hierarchiestufe, und ich muss Ihr Handeln als Angebot im Sinne eines handelsrechtlich verbindlichen Vertrags interpretieren. Entsprechend gebe ich Ihnen hiermit meine Vertragsbedingungen (AGBs) bekannt, in welche Sie als vorgebliche **«Richter»** und sämtliche involvierten **«Vorgesetzten»** und Angestellten mit jeder weiteren amtsanmassenden Handlung unmittelbar wie folgt eintreten:

#### Vertragsbedingungen

- a. Wird meinen Forderungen Ziff. 7 und 8 vollumfänglich entsprochen, so willigen damit die gemäss Ziff. 7a) involvierten Funktionäre ein, mir als pauschale Umtriebsentschädigung und Wiedergutmachung eine Pönale von pauschal **Fr. 20'000.-<sup>1</sup>** bis spätestens (**Datum xxx**) zu bezahlen. Dies unter Ausschluss jeglicher Auflagen/Bedingungen und per Saldo aller Ansprüche.

---

<sup>1</sup> Ich behalte mir vor, die Auszahlung der genannten Beträge in Gold gemäss dem heutigen (**Datum**) Gold-Wechselkurs einzufordern.

- b. Sollten Sie das rubrizierte Verfahren trotz Ihrer fehlenden hoheitlichen Befugnis wie angekündigt fortsetzen, willigen Sie – und alle weiteren involvierten Funktionäre / Mitunterzeichner einer allfälligen Verfügung / eines allfälligen Entscheids – mit dieser Handlung ein, eine Pönale von je Fr. 10'000.-<sup>1</sup> pro Handelndem an mich zu bezahlen.
- c. Je länger der illegale Zustand dauert, desto höher wird die Strafzahlung insgesamt, d.h. es beginnt ab dem (gleiches Datum wie unter Ziff. 9a) zusätzlich eine Zeitgebühr (wegen Verzögerung des mir zustehenden Entscheids/der mir zustehenden Verfügung / Anordnung) zu laufen, die erst endet, wenn die Sache von einem legitimierten Gericht rechtskonform entschieden wurde. Die Zeitgebühr pro Kalendertag beträgt Fr. 200.-<sup>1</sup>.

#### Zahlungsbedingungen

- a. Die Pönalen werden mit den entsprechenden Handlungen fällig. Alle Beteiligten haften solidarisch, wobei ich die Rechnung vorerst an das «Bezirksgericht xxx» stellen werde. Allenfalls müsste ich privat Regress nehmen auf jeden einzelnen der namens dieser Firma Handelnden (insbesondere auf die amtsanmassend als «Gerichtspräsident», «Vizegerichtspräsident», «Bezirksrichter» sowie «Gerichtsschreiber» bezeichneten und tätigen Funktionäre, mit je nach Verantwortlichkeit abgestuften Anteilen).
- b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.
- c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab dem 31. Tag automatisch eine zusätzliche Verzugsgebühr von Fr. 200.-<sup>1</sup> pro Kalendertag fällig.
- d. Es gilt das Bringprinzip. Die Übergabe muss mindestens 14 Tage vorher mit mir abgesprochen werden.

Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich bei mir. Alle Rechte vorbehalten. Die Inkennnissetzung des Agenten ist die Inkennnissetzung des Prinzipals und die Inkennnissetzung des Prinzipals ist die Inkennnissetzung des Agenten.

Mit freundlichen Grüssen

Unterschrift

- 
- 1 «Verfügung»/«Entscheid» (anpassen: von wem, Betreff, genaue Datumsangabe)
  - 2 Beweis der illegalen Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in eine gleichnamige Holding/Kapitalgesellschaft «Schweizerische Eidgenossenschaft»
  - 3 Beweis der illegalen Umwandlung des Kantons xxx in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft «Kanton xxx»